

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XLI
Verzeichnis des abgekürzt zitierten Schrifttums	XLVIII
Einleitung	1

1. Kapitel: Die steuerliche Gewinnermittlung

§ 1 Der steuerrechtliche Gewinnbegriff	11
§ 2 Der Maßgeblichkeitsgrundsatz	17
§ 3 Allgemeine Grundsätze der Bilanzerstellung	29
§ 4 Die Positionen der Bilanz	52
§ 5 Die Bewertung der Bilanzpositionen	137
§ 6 Gewinnausweis in der Bilanz	221
§ 7 Besteuerung stiller Reserven ohne Realisierung	244
§ 8 Steuerliche Korrekturen des Bilanzergebnisses – Verlustausgleich und Verlustabzug	262
§ 8a Gewerbliche Tätigkeit unbeschränkt Steuerpflichtiger im Ausland und beschränkt Steuerpflichtiger im Inland	284
§ 8b Gemeinschaftsrechtliche Aspekte der Unternehmensbesteuerung	306

2. Kapitel: Die Besteuerung des Gewinns der Personengesellschaft und der Sondervergütungen der Gesellschafter

§ 9 Die Regelung des § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG	321
§ 10 Die Ermittlung des Gewinnanteils des Gesellschafters	370
§ 11 Sonderbetriebsvermögen, Sondervergütungen und Sonderbetriebsausgaben des Gesellschafters	392
§ 11a Die Verlustzurechnung an Kommanditisten und gesetzlich gleichgestellte Mitunternehmer	431
§ 12 Besonderheiten bei Familienpersonengesellschaften	459

	Seite
§ 13 Das Verfahren der gesonderten Gewinnfeststellung	471
§ 13a Personengesellschaften im internationalen Steuerrecht	493

3. Kapitel: Die Besteuerung des Gewinns der Kapitalgesellschaften

§ 14 Die Entwicklung Körperschaftbesteuerung	511
§ 15 Die Körperschaftsteuersubjekte	521
§ 16 Die Ermittlung des Einkommens von Kapitalgesellschaften	527
§ 17 Körperschaftsteuertarif und Anrechnungsverfahren	549
§ 18 Die Herstellung der Ausschüttungsbelastung bei der Kapitalgesellschaft	567
§ 19 Verdeckte Gewinnausschüttung und Gewinnverlagerung zwischen verbundenen Unternehmen	587
§ 20 Die Organschaft	638

4. Kapitel: Die Steuer nach dem Gewerbeertrag

§ 21	662
----------------	-----

5. Kapitel: Gewinne aus der Veräußerung, Liquidation und rechtlichen Umstrukturierung des Betriebs

§ 22 Veräußerung und Aufgabe des Gewerbebetriebs	714
§ 23 Die Veräußerung des Anteils an einer Gesellschaft i. S. des § 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EStG	806
§ 24 Die Besteuerung stiller Reserven von Anteilen an einer Kapitalgesellschaft	823
§ 25 Liquidation, Umwandlung, Verschmelzung, Realteilung von Kapitalgesellschaften	841

6. Kapitel: Die Belastung des Betriebsvermögens mit den ertragsunabhängigen Steuern

§ 26 Vermögensteuer und Steuer nach dem Gewerbekapital	861
§ 27 Die Erbschaft- und Schenkungsteuer bei Erwerb eines Betriebs oder Gesellschaftsanteils	892
Schluß – Zur Wahl der Unternehmensform	936
Entscheidungsregister	941
Stichwortverzeichnis	975

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XLI
Verzeichnis des abgekürzt zitierten Schrifttums	XLVIII
Einleitung	1

1. Kapitel: Die steuerliche Gewinnermittlung

§ 1 Der steuerrechtliche Gewinnbegriff	11
§ 2 Der Maßgeblichkeitsgrundsatz	17
I. Die Steuerbilanz als eine aus der Handelsbilanz abgeleitete Bilanz	17
II. Inhalt und Reichweite des Maßgeblichkeitsgrundsatzes	21
1. Die Bilanzierung dem Grunde nach	21
a) Handelsrechtliche Aktivierungs- und Passivierungsgebote	21
b) Handelsrechtliche Aktivierungs- und Passivierungsverbote	21
c) Handelsrechtliche Bilanzierungswahlrechte	22
2. Die Bewertung der Bilanzpositionen	23
III. Die formelle Maßgeblichkeit	23
1. Steuerliche Wahlrechte im Rahmen der GoB	24
2. Steuervergünstigungen entgegen den GoB	24
§ 3 Allgemeine Grundsätze der Bilanzerstellung	29
I. Die Neuordnung des Handelsbilanzrechts durch das Bilanzrichtliniengesetz	29
1. Zur Entstehungsgeschichte des Gesetzes	29
2. Überblick	31
II. Die Generalnormen für den Jahresabschluß	34

1. Der Begriff der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung .	34
2. Die Generalnorm für den Jahresabschluß von Kapitalgesellschaften	36
III. Die Fundamentalprinzipien einer ordnungsmäßigen Bilanzstellung	37
1. Der Grundsatz der sogenannten Bilanzwahrheit	37
2. Der Grundsatz der Bilanzklarheit	38
3. Der Grundsatz der Bilanzkontinuität	39
a) Grundsatz der Bilanzidentität	39
b) Grundsatz der Stetigkeit	39
4. Der Grundsatz der Vorsicht	40
IV. Das Stichtagsprinzip	43
V. Nichtigkeit, Berichtigung und Änderung der Bilanz	47
§ 4 Die Positionen der Bilanz	52
I. Überblick über die Aktiv- und Passivseite der Bilanz	52
II. Betriebsvermögen – Privatvermögen	54
III. Die Vermögenszugehörigkeit	59
1. Die wirtschaftliche Vermögenszugehörigkeit	59
2. Das Verhältnis der handelsbilanzrechtlichen wirtschaftlichen Vermögenszugehörigkeit zu § 39 AO	61
a) § 39 Abs. 2 AO als sedes materiae des wirtschaftlichen Eigentums	62
b) Keine Identität der Begriffe des „wirtschaftlichen Eigentums“ i. S. des § 39 AO und der wirtschaftlichen Vermögenszugehörigkeit des Bilanzrechts	63
c) Vorrang des § 5 EStG vor § 39 AO	64
3. Leasing-Verträge	66
4. Die Vermögenszugehörigkeit am Bilanzstichtag	70
IV. Die Aktivierbarkeit	73
1. Einleitung	73
2. Vermögensgegenstand/Wirtschaftsgut	75
3. Immaterielle Anlagewerte und Geschäftswert	79
a) Immaterielle Anlagewerte	79
b) Geschäftswert	84

	Seite
4. Sonderfragen	86
a) Herstellungsaufwand als Gegenstand der Aktivierung . . .	86
b) Die Problematik der Aktivierung von Bauten auf fremden Grundstücken und von Mieterein- und -umbauten	87
V. Die Passivseite	90
1. Eigenkapital	90
2. Steuerfreie Rücklagen	93
3. Haftendes (Fremd-)Kapital	95
a) Verbindlichkeiten mit Rangrücktrittsvereinbarung	96
b) Einlagen stiller Gesellschafter mit voller Verlustbeteili- gung	97
c) Genußrechtskapital, das nicht bilanzielles Eigenkapital darstellt	97
d) Eigenkapitalersetzende Gesellschafterdarlehen	98
4. Verbindlichkeiten	98
5. Rückstellungen	101
a) Die allgemeine Problematik und die Entwicklung des Rückstellungsbegriffes	101
b) Überblick über die gesetzliche Regelung	103
c) Zu den Rückstellungen mit Schuldcharakter	105
d) Besondere Regelungen des Steuergesetzgebers	114
VI. Rechnungsabgrenzungsposten	116
1. Die transitorischen Rechnungsabgrenzungsposten i. e. Sinne	116
2. Damnum (Disagio)	120
3. Fiskalisch veranlaßte Regelungen des Steuergesetzgebers . . .	120
VII. Die Bilanzierung schwebender Geschäfte	122
1. Grundsatz: Kein Ausweis in der Bilanz	122
2. Rückstellungen wegen drohender Verluste	122
3. Einseitig erfüllte Geschäfte	126
a) Vorleistung von Sachgütern und sonstigen Leistungen . . .	126
b) Vorleistung von Zahlungen	126
4. Verbindlichkeiten und Rückstellungen bei Dauerschuldver- hältnissen	127
a) Selbständige Verpflichtung	127
b) Erfüllungsrückstand	128
c) Rückstellungen wegen drohender Verluste aus Dauer- schuldverhältnissen	130

	Seite
VIII. Bilanzierungswahlrechte in der Handels- und Steuerbilanz	133
1. Bilanzierungswahlrechte und Maßgeblichkeitsgrundsatz	133
a) Vermögensgegenstände und Schulden	133
b) Bilanzierungshilfen, Aufwandsrückstellungen und Rechnungsabgrenzungsposten	135
2. Die Bedeutung von Wahlrechten	136
§ 5 Die Bewertung der Bilanzpositionen	137
I. Überblick über die Entwicklung der handelsrechtlichen Bewertungsbestimmungen	137
II. Überblick über Grundsätze und Methoden der Wertfeststellung	140
1. Allgemeine Bewertungsprinzipien	140
2. Der Grundsatz der Einzelbewertung und seine Ausnahmen	141
a) Der Grundsatz	141
b) Die Gruppen- oder Sammelbewertung	141
c) Die Festbewertung	141
d) Schätzungsverfahren für vertretbare Gegenstände bei schwankenden Preisen	142
aa) Durchschnittsbewertung	143
bb) Schätzungsverfahren nach einer fiktiven Verbrauchs- oder Veräußerungsfolge	145
III. Die Ausgangswerte	146
1. Die Anschaffungskosten	146
a) Der Inhalt des Begriffs	147
b) Retrograde Ermittlung der Anschaffungskosten	150
c) Anschaffungskosten beim Tausch	151
2. Die Herstellungskosten	152
a) Handelsrecht	152
b) Steuerrecht	154
3. Anschaffungs- und Herstellungskosten bei Grundstücken	155
4. Der Teilwert des Steuerrechts	157
5. Die Bewertung bei unentgeltlichem Erwerb	161
6. Die Bewertung von Einlagen	165
7. Die Bewertung von Entnahmen	167

	Seite
IV. Abschreibungen und Absetzungen von den Ausgangswerten . . .	169
1. Einleitung	169
2. Regelmäßige Absetzungen	170
a) Die planmäßigen Abschreibungen im Handelsrecht	171
b) Die steuerliche Absetzung für Abnutzung	172
c) Die Abschreibungsmethoden	173
aa) Lineare Abschreibung	173
bb) Degressive Abschreibung	174
cc) Progressive Abschreibung	177
dd) Die Leistungsabschreibung (variable Abschreibung)	177
ee) Wechsel in der Abschreibungsmethode	178
ff) Absetzungen für Substanzverringerung (AfS)	179
d) Grundsatz der einheitlichen Abschreibung eines Wirtschaftsgutes	179
3. Außerplanmäßige Absetzungen	180
a) Im Handelsrecht	180
aa) Die niedrigeren Werte des Handelsrechts	180
bb) Im Anlagevermögen	182
cc) Im Umlaufvermögen	183
b) Im Steuerrecht	183
aa) Absetzungen für außergewöhnliche Abnutzung	183
bb) Teilwertabschreibung	184
4. Sonderabschreibungen	185
a) Allgemeines	185
b) Die Regelungen des § 7 a EStG	188
aa) Überblick	188
bb) Inanspruchnahme durch mehrere Beteiligte	189
V. Zuschreibungen	191
1. Im Handelsrecht	191
2. Im Steuerrecht	192
VI. Die Bewertung von Gesellschaftsanteilen	193
1. Die Anschaffungskosten	193
a) Überblick	193
b) Die Anschaffungskosten bei einer Sacheinlage	194
c) Verdeckte Einlagen des Gesellschafters	195
aa) Nachträglicher Aufwand auf die Beteiligung (Barzuschuß, Forderungsverzicht u. ä.)	196

	Seite
bb) Die Problematik der Gewinnrealisierung bei verdeckten Einlagen	198
2. Der Einfluß von Gewinnen und Verlusten der Beteiligungsgesellschaft auf die Bilanzierung des Anteils	201
a) Anteile an Kapitalgesellschaften	201
b) Anteile an Personengesellschaften	203
VII. Die Bewertung von Forderungen	205
VIII. Die Bewertung von Verbindlichkeiten und Rückstellungen	208
1. Verbindlichkeiten	208
2. Der Wertansatz für Rückstellungen	213
IX. Die Bewertungsfreiheit für geringwertige Wirtschaftsgüter nach § 6 Abs. 2 EStG	215
X. Die steuerrechtliche Behandlung des Geschäftswertes	218
§ 6 Gewinnausweis in der Bilanz	221
I. Das handelsrechtliche Realisationsprinzip	221
1. Einleitung	221
2. Der Realisationszeitpunkt	222
a) Bewirkung der Leistung	222
b) Aktivierung des Anspruchs auf die Gegenleistung	225
c) Gewinnrealisierung und Rückgaberecht oder Rückgabepflicht des Erwerbers	226
d) Gewinnrealisierung bei Veräußerung zwischen Konzernunternehmen	227
3. Selbständig abrechenbare Teilleistungen	228
4. Langfristige Herstellung von Großprojekten	228
5. Gewinnrealisierung bei Dauerschuldverhältnissen	230
II. Die Besteuerung des in der Bilanz ausgewiesenen Gewinns – Grundsatz und Ausnahmen –	232
1. Einleitung	232
2. Keine Besteuerung des Buchgewinns, der den Steuerpflichtigen wirtschaftlich nicht berührt	233
a) Sanierungsgewinn	234
b) Rücklage für Ersatzbeschaffung	236
3. Verzicht auf die Annahme der Gewinnrealisierung in Sonderfällen	239

	Seite
a) Zur Gewinnrealisierung beim Tausch	239
b) Die Reinvestitionsregelung nach § 6b EStG	240
aa) Überblick	240
bb) Reinvestitionsobjekt im Ausland	242
c) Umwandlungs- und Einbringungsverfahren	244
§ 7 Besteuerung stiller Reserven ohne Realisierung	244
I. Das Prinzip	244
II. Die gesetzlichen Ersatzrealisierungstatbestände	246
III. Verzicht auf die Besteuerung stiller Reserven bei Sicherstellung der späteren steuerlichen Erfassung	248
1. Einleitung	248
2. Die Überführung eines Wirtschaftsguts aus einem Betrieb in einen anderen Betrieb des Steuerpflichtigen	248
a) Der Fehler der Rechtsprechung: Schluß von der gewünschten Rechtsfolge auf das Vorlie- gen des Entnahmetatbestandes	248
b) Der Betriebsbegriff des Entnahmetatbestandes	249
c) Teleologische Reduktion der Bewertungsbestimmung des § 6 Abs. 1 Nr. 4 EStG	250
d) Verbringung eines Wirtschaftsguts in das Ausland	252
IV. Kein allgemeiner „Entstrickungsgrundsatz“	254
V. Keine Zwangsrealisierung – Handlung des Steuerpflichtigen als Tatbestandsmerkmal der Ersatzrealisierungstatbestände	255
1. Entnahme- und Betriebsaufgabehandlung	255
2. Der die Entnahmehandlung „substituierende Rechtsvorgang“ in der Rechtsprechung des BFH	257
3. Vorschlag einer Lösung	260
§ 8 Steuerliche Korrekturen des Bilanzergebnisses – Verlust- ausgleich und Verlustabzug	262
I. Entnahmen und Einlagen	262
1. Entnahmen – Betriebsausgaben	263
2. Einlagen	264
II. Steuerfreie Einnahmen und nicht abzugsfähige Betriebsausgaben	267
1. Steuerfreie Einnahmen	267
2. Nicht abzugsfähige Betriebsausgaben	267

	Seite
a) Gesetzliche Abzugsverbote	267
b) Betriebsausgaben bei Verträgen mit Ehegatten und Kindern	273
aa) Einleitung	273
bb) Arbeitsverträge	274
cc) Darlehensverträge und typische stille Beteiligungen	277
III. Verlustausgleich und Verlustabzug	278
1. Grundsatz	278
a) Verlustausgleich	278
b) Verlustabzug	278
aa) Bedeutung und Entwicklung hin zur derzeitigen Fassung des § 10 d EStG	278
bb) Einzelheiten	280
cc) Gesonderte Feststellung des verbleibenden Verlustabzugs	282
2. Ausnahmen	282
§ 8a Gewerbliche Tätigkeit unbeschränkt Steuerpflichtiger im Ausland und beschränkt Steuerpflichtiger im Inland	284
I. Unilaterale Maßnahmen zur Vermeidung oder Milderung der Doppelbesteuerung	284
1. Anrechnung der ausländischen Steuer	284
2. Abzug der ausländischen Steuer bei Ermittlung des Gesamtbetrags der Einkünfte auf Antrag	286
3. Abzug ohne Antrag (§ 34 c Abs. 3 EStG)	286
4. Ermächtigung nach § 34 c Abs. 5 EStG	286
5. Die indirekte Anrechnung (§ 26 Abs. 2, 3, 5 KStG)	287
II. Betrieb unbeschränkt Steuerpflichtiger in DBA-Staat	287
1. Vorbemerkung zu den DBA	287
2. Der Begriff der Betriebsstätte	289
3. Gewinne im Betriebsstättenstaat	290
4. Gewinnabgrenzung zwischen Stammhaus und Betriebsstätte	291
5. Freistellungsmethode	293
a) Grundsatz	293
b) Progressionsvorbehalt	293
6. Verluste bei Freistellungsmethode	294

	Seite
a) Grundsatz	294
b) Negativer Progressionsvorbehalt	295
c) Verlustverrechnung mit Nachversteuerung	296
III. Die Beteiligung unbeschränkt Steuerpflichtiger an einer ausländischen Kapitalgesellschaft	297
1. Gewinne	297
2. Verluste	298
a) Grundsatz	298
b) Teilwertabschreibung auf ausländische Beteiligung	299
3. Durchbrechung der Abschirmwirkung	299
a) Einleitung	299
b) Nichtanerkennung der Basisgesellschaft (§ 42 AO)	301
c) Hinzurechnungsbesteuerung nach §§ 7–14 AStG	302
IV. Betriebstätten beschränkt Steuerpflichtiger	304
§ 8b Gemeinschaftsrechtliche Aspekte der Unternehmensbesteuerung	306
I. Einleitung	306
II. Die im Juli 1990 verabschiedeten Rechtsakte und die weiteren Richtlinienvorschläge zur Verwirklichung des Binnenmarktes	308
1. Fusionsrichtlinie	308
2. Die Mutter-Tochter-Richtlinie	310
3. „Schiedsverfahren“ – Konvention	311
4. Ergänzende Vorschläge zum Dreier-Paket	312
a) Grenzüberschreitende Verlustberücksichtigung	312
b) Zinsen, Lizenzgebühren	313
III. Nationale Steuervorschriften auf dem gemeinschaftsrechtlichen Prüfstand	314
1. Die Meßlatte der Niederlassungsfreiheit	314
2. Überblick über gemeinschaftsrechtlich fragwürdige Bestimmungen	317

2. Kapitel:**Die Besteuerung des Gewinns der Personengesellschaft
und der Sondervergütungen der Gesellschafter**

§ 9 Die Regelung des § 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EStG	321
I. Die Bedeutung des § 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EStG	321
1. Einleitung	321
2. Die Ermittlung der Einkünfte des Gesellschafters aus Gewerbebetrieb	324
a) Die erste Gewinnermittlungsstufe	325
b) Die zweite Gewinnermittlungsstufe	326
II. Gesellschaften im Sinne des § 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EStG	327
1. Die Konsequenzen bei Vorliegen einer Gesellschaft im Sinne des § 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EStG	327
2. Der Gewerbebetrieb als Voraussetzung einer Gesellschaft im Sinne des § 15 EStG	328
a) Begriff des Gewerbebetriebes (§ 15 Abs. 2 EStG)	328
b) Gewerbliche Tätigkeit der Gesellschaft	330
c) Besitz„unternehmen“ bei Betriebsaufspaltung	331
d) „Gewerblich geprägte“ Personengesellschaft – Gewerbebetrieb kraft Fiktion	332
3. Inhalt und Bedeutung des Mitunternehmerbegriffs	339
a) Der Mitunternehmerbegriff	339
b) Gesellschaftereigenschaft als Voraussetzung der Mitunternehmereigenschaft	342
c) Aufruf zur Rückbesinnung auf den historischen Ausgangspunkt	345
4. Einzelne Gesellschaften	351
a) Außengesellschaften und wirtschaftlich vergleichbare Gemeinschaftsverhältnisse	351
b) Die Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV)	353
aa) Zivilrecht	353
bb) Die Gewinnbesteuerung	355
cc) „Gewerblich geprägte EWIV“	357
c) Die atypische stille Gesellschaft und andere Innengesellschaften	357
d) Die Publikumpersonengesellschaften	367
e) Exkurs: Komplementär einer KGaA	369

	Seite
§ 10 Die Ermittlung des Gewinnanteils des Gesellschafters	370
I. Die Ermittlung des Gewinns der Gesellschaft	370
1. Einheitliche Bilanzierung	371
a) Allgemeines	371
b) Die Reinvestitionsvergünstigung nach § 6 b EStG	372
c) Sonderabschreibungen, steuerfreie Rücklagen u. ä.	375
d) Steuervergünstigungen, die an persönliche Eigenschaften des Steuerpflichtigen anknüpfen	376
2. Schuldrechtliche Beziehungen zwischen Gesellschaft und Gesellschafter	377
a) Allgemeines	377
b) Tätigkeitsvergütungen	378
c) Forderungserlaß durch den Gesellschafter und Sanie- rungsgewinn	378
3. Entnahmen und Einlagen hinsichtlich des Gesellschaftsver- mögens	379
II. Verteilung des Gewinns bzw. Verlustes der Gesellschaft auf die Gesellschafter	381
1. Einleitung	381
2. Die Verteilung steuerlicher Mehr- und Minderergebnisse	383
a) Die Zurechnung von Entnahmen aus dem Gesellschafts- vermögen	383
b) Mehrgewinne infolge der Nichtanerkennung bestimmter Aufwendungen als abzugsfähige Betriebsausgaben	386
c) Mehrgewinne auf Grund unterschiedlicher Bewertung in der Handelsbilanz und der „Steuerbilanz“	386
III. Das Verhältnis der Gewinnermittlung der Gesellschaft zur eigen- nen Gewinnermittlung des Gesellschafters	389
 § 11 Sonderbetriebsvermögen, Sondervergütungen und Sonder- betriebsausgaben des Gesellschafters	 392
I. Einleitung	392
II. Die Sonderbilanzen der Gesellschafter	394
1. Einleitung	394
a) Allgemeine Grundsätze	394
b) Verpflichtung des Gesellschafters oder der Gesellschaft zur Erstellung der Sonderbilanz?	395

	Seite
2. Die zum Sonderbetriebsvermögen gehörenden Wirtschaftsgüter	396
3. Konkurrenz zwischen Sonderbetrieb und Eigenbetrieb des Gesellschafters	401
4. Gewinnrealisierung beim Sonderbetriebsvermögen	403
5. Forderungsverluste u. ä. im Sonderbetriebsvermögen	404
6. Die Sonderbetriebseinnahmen des Gesellschafters	405
7. Die Sonderbetriebsausgaben des Gesellschafters	406
III. Veräußerungsgeschäfte zwischen Gesellschaft und Gesellschafter und vice versa sowie zwischen Gesellschaftern	407
1. Entgeltliche Veräußerungsgeschäfte	407
a) Zwischen Gesellschaft und Gesellschafter	407
aa) Entgelt wie unter Fremden	407
bb) Veräußerung zum Buchwert	409
cc) Entgelt übersteigt den Preis, den ein Dritter zahlen würde	409
b) Zwischen Gesellschaftern	410
2. Unentgeltliche Veräußerungsgeschäfte	410
3. Übertragung eines Wirtschaftsguts vom Gesellschafter auf die Gesellschaft gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten	412
4. Veräußerungsgeschäfte zwischen personenidentischen Gesellschaften	413
IV. Der Anwendungsbereich des § 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EStG	414
1. Einleitung	414
2. § 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EStG und mittelbare Rechtsbeziehungen	417
a) Unmittelbare Leistung bei mittelbarer Beteiligung des Leistenden	417
b) Mittelbare Leistung bei unmittelbarer Beteiligung	420
c) Leistungsverhältnis zwischen zwei Personengesellschaften bei Gesellschafteridentität	422
3. Tätigkeitsvergütungen	423
a) Umfang, insbesondere Pensionsrückstellungen	423
b) Einschränkende Auslegung des Begriffs der Tätigkeitsvergütungen?	426
V. Die Zusammenfassung von Gesellschaftsbilanz und Sonderbilanzen zur steuerlichen Gesamtbilanz	429

	Seite
§ 11a Die Verlustzurechnung an Kommanditisten und gesetzlich gleichgestellte Mitunternehmer	431
I. Sinn und Zweck der Regelung des § 15 a EStG	431
II. Die Lage vor der Einfügung des § 15a EStG	433
1. Die Zeit vor dem Beschluß des Großen Senats vom 10. 11. 1980	433
2. Der Beschluß des Großen Senats vom 10. 11. 1980	434
a) Anerkennung des negativen Kapitalkontos	434
b) Die Nachversteuerung des negativen Kapitalkontos	435
III. Die gesetzliche Regelung	436
1. Die Grundkonzeption des § 15 a EStG	438
2. Der Inhalt der bilanzrechtlichen Begriffe des § 15 a EStG	440
a) Kapitalkonto	440
b) Anteil am Verlust der Kommanditgesellschaft	445
c) Gewinne aus der Beteiligung an der Kommanditgesellschaft	446
3. Die Erweiterung des Verlustausgleichsvolumens nach § 15 a Abs. 1 S. 2 und 3 EStG	447
4. Gewinnzurechnung wegen Einlage- oder Haftungsminde- rung (§ 15 a Abs. 3 EStG)	449
5. Die Feststellung des verrechenbaren Verlustes (§ 15 a Abs. 4 EStG)	451
6. „Andere Unternehmer, soweit deren Haftung der eines Kom- manditisten vergleichbar ist“ (§ 15 a Abs. 5 EStG)	451
IV. Ausnahme und Erweiterungen zu § 15 a EStG	453
1. Ausnahme für Berlin	453
2. § 15 a EStG und die anderen Gewinneinkünfte	453
3. § 15 a EStG und die Überschüßeinkünfte	453
V. Die Nachversteuerung bei Wegfall steuerlich noch zulässiger negativer Kapitalkonten	456
 § 12 Besonderheiten bei Familienpersonengesellschaften	 459
I. Zur steuerlichen „Anerkennung“ bzw. Negierung von Familien- personengesellschaften	460
1. Zivilrechtlich wirksamer Gesellschaftsvertrag	460
2. Keine wesentliche Einschränkung der Gesellschafterrechte der Angehörigen	463

	Seite
3. Die Konsequenzen der Ablehnung der Mitunternehmerstellung des Kindes	465
II. Prüfung der „Angemessenheit“ der Gewinnverteilung	466
III. Ausgleich von ungerechtfertigten Verschiebungen der Steuerbelastung zwischen Eltern und Kindern	469
§ 13 Das Verfahren der gesonderten Gewinnfeststellung	471
I. Einleitung	471
II. Keine „einheitliche“ Feststellung der Daten, die nur einen Gesellschafter persönlich berühren	473
1. Die Sonderbetriebsausgaben des Gesellschafters	473
2. Die Unterbeteiligung an einem Gesellschaftsanteil	474
3. Veräußerungs- und Entnahmegewinne des Gesellschafters hinsichtlich des „Sonderbetriebsvermögens“	475
III. Der Gegenstand der gesonderten Gewinnfeststellung	476
1. Die mit dem Gewinn der Gesellschaft und dessen Verteilung zusammenhängenden Fragen	476
2. Sondervergütungen und Veräußerungsgewinne des Gesellschafters nach § 16 Abs. 1 Nr. 2 EStG	478
3. Zusammenfassung	479
IV. Die Klage gegen den Gewinnfeststellungsbescheid nach § 48 Abs. 1 FGO	480
V. Exkurs	
Die Ermittlung der Einkünfte eines betrieblich beteiligten Gesellschafters einer Überschußgesellschaft	484
1. Einleitung	484
2. Zum Meinungsstand im Anschluß an den Beschluß des Großen Senats vom 25. 6. 1984	485
3. Lösungsvorschlag	488
§ 13a Personengesellschaften im internationalen Steuerrecht	493
I. Einleitung	493
II. Die Lage ohne DBA	493
III. Die Lage bei Bestehen eines DBA	495
1. Einleitung	495

	Seite
2. Übereinstimmende Subjektqualifikation	495
a) Betriebstättenprinzip	495
aa) Grundsatz	495
bb) Beteiligung eines Inländers an ausländischer Perso- nengesellschaft	497
cc) Beteiligung eines Ausländers an inländischer Perso- nengesellschaft	498
dd) Grundvoraussetzung für die Anwendung des Art. 7 OECD-MA: Unternehmen der Gesellschaft	498
b) Die Problematik der Sondervergütungen	499
3. Unterschiedliche Subjektqualifikation	504
a) Steuerrechtssubjekt im Ausland	504
aa) Progressionsvorbehalt	506
bb) Gewinnausschüttungen	507
cc) „Sondervergütungen“	508
dd) Einkünfte der Gesellschaft aus Drittstaaten	509
ee) Einkünfte der Gesellschaft aus dem Inland	509
b) Ausländische juristische Person ist nicht Steuerrechtssub- jekt	509

3. Kapitel:

Die Besteuerung des Gewinns der Kapitalgesellschaften

§ 14 Die Entwicklung der Körperschaftbesteuerung	511
I. Die Entwicklung der Besteuerung der Kapitalgesellschaften und der wirtschaftlichen Doppelbelastung des ausgeschütteten Gewinns	511
II. Die Beseitigung der wirtschaftlichen Doppelbelastung durch Einführung des Anrechnungsverfahrens	514
III. Reformvorschläge	515
IV. Zur Bewertung der Reform	517
 § 15 Die Körperschaftsteuersubjekte	 521
I. Unbeschränkte – beschränkte Körperschaftsteuerpflicht	521
II. Der gesetzliche Katalog der Körperschaftsteuersubjekte	522
III. Die werdende juristische Person	523

1. Vorgesellschaft	523
2. Vorgründungsgesellschaft	524
IV. Nach ausländischem Recht gegründete Personenvereinigungen	525
§ 16 Die Ermittlung des Einkommens von Kapitalgesellschaften . .	527
I. Der Gewinn nach § 5 EStG als Ausgangsgröße	527
II. Ausschaltung von Vermögensvermehrungen und Vermögensminderungen, die ihren Grund im Gesellschaftsverhältnis haben	528
1. Vermögensvermehrungen	528
a) Einlagen der Gesellschafter	529
b) Buchgewinne infolge der Herabsetzung oder Zusammenlegung des Kapitals	533
2. Vermögensminderungen	533
III. Zahlungen auf Gesellschafterfremdkapital (verdecktes Eigenkapital)	534
IV. Ausschüttungen auf Genußrechte	537
V. Körperschaftsteuerfreie Erträge und abziehbare Aufwendungen .	541
1. Allgemeine Steuerbefreiungsvorschriften	541
2. Der Gewinnanteil des Komplementärs der Kommanditgesellschaft auf Aktien	541
3. Spenden	542
VI. Wiederhinzurechnung nichtabziehbarer Aufwendungen	542
VII. Verlustabzug	544
1. Übersicht	544
2. Verlustabzug und formwechselnde Umwandlung	545
3. Verlustabzug und übertragende Umwandlung	546
4. Verlustabzug und Mantelkauf	547
§ 17 Körperschaftsteuertarif und Anrechnungsverfahren	549
I. Überblick über die Körperschaftsteuersätze	549
II. Das Anrechnungsverfahren	551
1. Die Grundkonzeption	551
2. Die Anrechnung der Ausschüttungsbelastung auf die Steuerschuld des Anteilseigners	553

	Seite
3. Die in das Anrechnungsverfahren einbezogenen Leistungen der Kapitalgesellschaft	555
III. Die Belastung des an nichtanrechnungsberechtigte Anteilseigner ausgeschütteten Gewinns	556
1. Juristische Personen des Öffentlichen Rechts	556
2. Steuerbefreite Körperschaften	557
3. Ausländische Anteilseigner	557
4. Die Fremdfinanzierung inländischer Kapitalgesellschaften durch nichtanrechnungsberechtigte Anteilseigner	559
IV. Tarife für nicht in das Anrechnungsverfahren einbezogene Körperschaften	563
V. Das Schütt-Aus-Hol-Zurück-Verfahren	564
§ 18 Die Herstellung der Ausschüttungsbelastung bei der Kapitalgesellschaft	567
I. Die Ausgangsvorstellung des Gesetzgebers	567
II. Die Grundzüge der §§ 27 ff KStG	570
1. Umfang und Gliederung des verwendbaren Eigenkapitals	571
2. Die Verrechnung der Gewinnausschüttung mit dem verwendbaren Eigenkapital	576
a) Das in zeitlicher Hinsicht maßgebende verwendbare Eigenkapital	576
b) Die Zuordnung der Ausschüttung zu den Teilbeträgen des verwendbaren Eigenkapitals	576
c) Die Körperschaftsteuererhöhung bei ausländischen Einkünften	578
3. Beispiel zu 1. und 2.	580
4. Die Zuordnung der nichtabziehbaren Aufwendungen	582
a) Grundsatz	582
b) Sonderregelungen	583
c) Erstattungen	583
5. Die Einordnung von Verlusten in die Gliederung des verwendbaren Eigenkapitals	583
III. Berechnungsformeln	585
1. Bei Körperschaftsteuerminderung nach § 27 Abs. 1 KStG	585
2. Bei Körperschaftsteuererhöhung nach § 27 Abs. 1 KStG	586

§ 19 Verdeckte Gewinnausschüttung und Gewinnverlagerung zwischen verbundenen Unternehmen	587
I. Wesen, Tatbestand und Rechtsfolgen der verdeckten Gewinnausschüttung	587
1. Grundsätzliches zum Verständnis der verdeckten Gewinnausschüttung	587
2. Beispiele verdeckter Gewinnausschüttungen	592
a) Überblick	592
b) Verdeckte Gewinnausschüttungen an den beherrschenden Gesellschafter	594
c) Tätigkeit von GmbH und Gesellschafter in derselben Branche	597
d) Verdeckte Gewinnausschüttung durch mittelbare Zuwendung an den Gesellschafter	598
e) Verdeckte Gewinnausschüttung und Vorteilsausgleich	599
3. Die Rechtsfolgen der verdeckten Gewinnausschüttung	600
a) Keine Minderung des Einkommens der Kapitalgesellschaft	600
b) Die Auswirkungen der verdeckten Gewinnausschüttung auf das Einkommen des Gesellschafters	601
aa) Allgemeines	601
bb) Überhöhte Zahlung der Gesellschaft für Leistung des Gesellschafters	603
cc) Unangemessen niedrige Gegenleistung des Gesellschafters für Leistung der Kapitalgesellschaft	603
c) Die verdeckte Gewinnausschüttung im Anrechnungsverfahren	605
aa) Die grundsätzliche Problematik	605
bb) Die Herstellung der Ausschüttungsbelastung	610
cc) Die Körperschaftsteueranrechnung beim Gesellschafter	611
d) Verdeckte Gewinnausschüttung und Kapitalertragsteuer	613
e) Verhinderung und Rückgängigmachung der Folgen einer verdeckten Gewinnausschüttung	613
aa) Rückgängigmachung des betreffenden Geschäftsvorfalles?	614
bb) Satzungs- und Steuerklauseln	614
cc) Keine Gewinnminderung bei Aktivierung eines Rückgewähr- oder Ersatzanspruchs der Gesellschaft	616

	Seite
4. Verdeckte Gewinnausschüttungen bei Betrieben gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts	619
a) Einleitung	619
b) Besondere Erscheinungsformen verdeckter Gewinnausschüttungen bei Betrieben gewerblicher Art	621
aa) Konzessionsabgaben	621
bb) Darlehenszinsen des Betriebs gewerblicher Art an die Trägerkörperschaft bei unzureichender Eigenkapitalausstattung	622
cc) Spenden von Sparkassen an den Gewährträger	622
c) Die Abgrenzung von betrieblicher und nichtbetrieblicher Sphäre bei Betrieben gewerblicher Art	623
aa) Berücksichtigung der Besonderheiten der Betriebe gewerblicher Art bei der Beurteilung eines Vorgangs als verdeckte Gewinnausschüttung	623
bb) Die Übereinstimmung der derzeitigen Handhabung bei der Beurteilung verdeckter Gewinnausschüttungen mit der in Ziff. 4 a formulierten These	625
d) Ergebnis	627
II. Zuwendungen von Vermögensvorteilen zwischen Schwester- gesellschaften	628
III. Gewinnberichtigung zwischen international verbundenen Un- ternehmen	631
1. Einleitung	631
2. Die Gewinnberichtigung nach § 1 AStG	631
3. Nutzungsüberlassung über die Grenze	633
4. Durchführung des Fremdvergleichs	635
5. Vermeidung der Doppelbesteuerung	636
6. Sperrwirkung der DBA	636
§ 20 Die Organschaft	638
I. Überblick	638
II. Voraussetzungen der Organschaft	640
1. Organ und Organträger	640
2. Finanzielle, organisatorische und wirtschaftliche Eingliederung	642
3. Der Gewinnabführungsvertrag	645

	Seite
a) Wirksamkeitsvoraussetzungen des aktienrechtlichen Gewinnabführungsvertrages	646
b) Der Gegenstand des aktienrechtlichen Gewinnabführungsvertrages	647
c) Der Gewinnabführungsvertrag anderer Kapitalgesellschaften	649
III. Die steuerlichen Folgen der Organschaft	651
1. Die Ermittlung des Einkommens der Organgesellschaft	652
a) Allgemeines	652
b) Vorvertragliche Verluste der Organgesellschaft	653
c) Schachteileinnahmen der Organgesellschaft	654
d) Ausgleichszahlungen an außenstehende Aktionäre	654
2. Die steuerliche Behandlung beim Organträger	655
a) Zurechnung des Organeinkommens	655
b) Unterschiedliches Wirtschaftsjahr von Organgesellschaft und Organträger	656
c) Teilwertabschreibung der Beteiligung an der Organgesellschaft	657
d) Steuerabzug und Steueranrechnung beim Organträger (§ 19 KStG)	657
3. Die „verunglückte“ Gewinnabführung	658
4. Vorzeitige Beendigung und Nichtdurchführung des Gewinnabführungsvertrages	659
IV. Die Gliederung des verwendbaren Eigenkapitals bei Organträger und Organgesellschaft	660

4. Kapitel: Die Steuer nach dem Gewerbeertrag

§ 21 Die Steuer nach dem Gewerbeertrag	662
Einleitung	662
I. Steuerschuldner und sachliche Steuerpflicht bei der Gewerbesteuer	664
1. Der Steuerschuldner der Gewerbesteuer	664
2. Die sachliche Steuerpflicht	666
a) Zum Begriff des Gewerbebetriebes	667
b) Die Steuerpflicht der Personengesellschaften	668

	Seite
c) Die Steuerpflicht der Kapitalgesellschaften usw.	671
d) Die Steuerpflicht auf Grund eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs	671
e) Beginn und Ende der Gewerbesteuerpflicht	672
II. Die Ermittlung des Gewerbeertrages	673
1. Zum Begriff des Gewerbeertrages	673
2. Die Ausgangsgröße „Gewinn aus dem Gewerbebetrieb“	674
3. Die Hinzurechnungen	676
a) Dauerschuldzinsen (-entgelte)	676
b) Renten und dauernde Lasten	678
c) Gewinnanteile des stillen Gesellschafters	680
d) Gewinnanteile persönlich haftender Gesellschafter einer KGaA	681
e) Miet- und Pachtzinsen	682
f) Verlustanteil aus der Beteiligung an einer Personengesellschaft	684
g) Spenden	685
h) Ausschüttungsbedingte Teilwertabschreibungen	686
i) Zinsen auf Steuerschulden bei Kapitalgesellschaften	686
4. Die Kürzungen	686
a) Grundbesitz	687
b) Gewinnanteile aus der Beteiligung an einer Personengesellschaft	688
c) Gewinne aus Anteilen an Kapitalgesellschaften	689
d) Gewinnanteile des persönlich haftenden Gesellschafters einer KGaA	690
e) Erträge aus ausländischen Betriebstätten	691
f) Erträge aus ausländischen Beteiligungen	691
g) Die Kürzungen nach § 9 Nr. 4, 5 GewStG	692
5. Der Gewerbeverlust	692
6. Die Ermittlung des Gewerbeertrags einer Personengesellschaft	695
a) Die Ausgangsgröße „Gewinn aus dem Gewerbebetrieb“ nach der herrschenden Meinung	695
b) Kritik und eigene Konzeption	697
aa) Die „Einzelunternehmerideologie“ ist im Gewerbesteuerrecht fehl am Platze	697
bb) Ausgangsgröße: Der in der Gesellschaftsbilanz ausgewiesene Gewinn der Gesellschaft	698

	Seite
cc) Sondervergütungen, andere Sonderbetriebseinnahmen und Sonderbetriebsausgaben des Gesellschafters	699
dd) Die Hinzurechnung der Tätigkeitsvergütungen	699
ee) Gesellschafterwechsel und Gewerbeertrag	701
c) Zivilrechtliche Korrektur der Auswirkungen der herrschenden Meinung	703
7. Die Organschaft	705
a) Einführung	705
b) Der Tatbestand der Organschaft	707
c) Die Rechtsfolgen der Organschaft	708
III. Gewerbesteuerart und -belastung	710
1. Der Weg zur Ermittlung der Gewerbesteuerschuld	710
2. Der Steuermeßbetrag für den Gewerbeertrag	712
3. Die Gewerbesteuer als Betriebsausgabe	712

**5. Kapitel:
Gewinne aus der Veräußerung, Liquidation und
rechtlichen Umstrukturierung des Betriebs**

§ 22 Veräußerung und Aufgabe des Gewerbebetriebs	714
I. Die Veräußerung des Gewerbebetriebs	714
1. Überblick	714
2. Der Tatbestand der Veräußerung des Gewerbebetriebs	716
3. Veräußerungsgewinn und -verlust	717
4. §§ 16 Abs. 1 EStG, 7 EStDV und teilweise unentgeltlicher Erwerb	720
5. Betriebsübergang durch vorweggenommene Erbfolge	722
6. Erbfall und Erbauseinandersetzung	724
a) Betriebsübergang auf Alleinerben	724
b) Die Erbauseinandersetzung nach dem Beschluß des Großen Senats von 5. 7. 1990	726
c) Wirtschaftliches Eigentum des Betriebsübernehmers bei Teilungsanordnung und des Gesellschafter-Nachfolgers bei qualifizierter Nachfolgeklausel	728
d) Zusammenfassende Würdigung	731
e) Zinsen für zur Abwicklung des Nachlasses aufgenommene Kredite	732

	Seite
II. Die Aufgabe des Gewerbebetriebs	733
1. Der Tatbestand der Aufgabe des Betriebs	733
a) Allgemeines	733
b) Teilbetriebsaufgabe	737
2. Die Verpachtung des Gewerbebetriebs	738
3. Die Wohnsitzverlegung des Betriebsinhabers über die Grenze	741
a) Wohnsitzverlegung eines unbeschränkt Steuerpflichtigen in das Ausland	741
b) Wohnsitzverlegung eines beschränkt Steuerpflichtigen in das Inland oder in einen anderen EG-Mitgliedstaat	742
III. Die Einbringung eines Betriebs in eine Personengesellschaft und in eine Kapitalgesellschaft	743
1. Die Einbringung in eine Personengesellschaft	743
a) Überblick über die Regelung des § 24 UmwStG	743
b) Die bilanzielle Behandlung bei erfolgsneutraler Gestal- tung des Einbringungsvorganges	745
2. Die Einbringung in eine Kapitalgesellschaft	747
a) Die Grundlagen der steuerlichen Behandlung	747
b) Kapitalerhöhung nach der Einbringung	749
c) Die Umwandlung einer GmbH & Co. KG auf die Kom- plementär-GmbH	752
d) Verdeckte Einlage, insbesondere „verschleierte“ Sachein- lage	752
3. Das Prinzip der Buchwertverknüpfung	754
IV. Internationale Betriebseinbringung in Kapitalgesellschaft	755
1. Die innerstaatliche Ausgangslage	755
2. Die in der Fusionsrichtlinie geregelten Einbringungsfälle	756
3. Fazit aus der Richtlinienregelung zur Betriebseinbringung	758
4. Die Einbringung seitens eines Personenunternehmens	759
a) Die Fusionsrichtlinie und der gemeinschaftsrechtliche all- gemeine Gleichheitssatz	759
b) Die Beschränkung der Niederlassungsfreiheit von Perso- nenunternehmen	760
c) Ergebnis	761

	Seite
V. Veräußerung und Aufgabe des Gewerbebetriebs einer Personengesellschaft, insbesondere Realteilung	762
1. Einleitung	762
2. Die Grundlage der Gewinnrealisierung bei Realteilung	764
3. Die erfolgsneutrale Gestaltung des Grundfalles der Realteilung	766
4. Die erfolgsneutrale Behandlung der Realteilung mit Spitzenausgleich	769
VI. Exkurs: Die Betriebsaufspaltung	772
1. Einleitung	772
2. Die Betriebsaufspaltung – ein „Rechtsinstitut“?	774
3. Der von der Rechtsprechung formierte Tatbestand der Betriebsaufspaltung	781
a) Überlassung wesentlicher Betriebsgrundlagen	782
b) Einheitlicher geschäftlicher Betätigungswille	783
4. Die von der Rechtsprechung statuierten Rechtsfolgen der Betriebsaufspaltung	790
a) Begründung der Betriebsaufspaltung	790
b) Die laufende Besteuerung	792
c) Die Beendigung der Betriebsaufspaltung	798
5. Die „mitunternehmerische Betriebsaufspaltung“	801
6. Appell an die Rechtsprechung	805
§ 23 Die Veräußerung des Anteils an einer Gesellschaft i. S. des § 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EStG	806
I. Die Veräußerung an einen Dritten	806
1. Die Besteuerung des Veräußers	806
2. Keine Auswirkungen bei der Gesellschaft	808
3. Die steuerliche Behandlung des Erwerbers des Anteiles	808
a) Erwerb zu einem über dem Buchwert des übernommenen Kapitalkontos liegenden Preis	808
b) Erwerb zu einem unter dem Buchwert des übernommenen Kapitalkontos liegenden Preis	809
c) Die Sanierungsrücklage nach § 6 d EStG	810
II. Ausscheiden eines Gesellschafters	811
1. Abfindung über dem Buchwert des Kapitalkontos	811

	Seite
2. Abfindung unter dem Buchwert des Kapitalkontos	814
3. Abfindung entspricht dem Buchwert des Kapitalkontos	815
4. Ausscheiden mit negativem Kapitalkonto	816
a) Ausscheiden des unbeschränkt haftenden Gesellschafters	816
b) Ausscheiden des Kommanditisten	817
5. Abfindung des Ausscheidenden mit Sachwerten des Betriebsvermögens	817
a) Übernahme in das Privatvermögen des Ausscheidenden	817
b) Übernahme in das Betriebsvermögen des Ausscheidenden	819
6. Wahlrecht zwischen erfolgswirksamer und erfolgsneutraler Behandlung des Ausscheidens eines Gesellschafters	821
§ 24 Die Besteuerung stiller Reserven von Anteilen an einer Kapitalgesellschaft	823
I. Die Veräußerung von Anteilen an einer Kapitalgesellschaft nach §§ 17, 49 EStG	823
1. Zweck und systematische Stellung	823
2. Die Voraussetzungen des Veräußerungstatbestandes	824
3. Gewinn und Verlust aus der Veräußerung	825
4. Verdeckte Einlage der wesentlichen Beteiligung in eine Kapitalgesellschaft	827
5. Gleichstellung der Kapitalrückzahlung mit der Veräußerung	830
6. Konkurrenz zwischen § 17 EStG und 23 EStG	831
II. Die Wegzugsbesteuerung nach § 6 AStG	832
1. Der Grundtatbestand	832
2. Die Umgehungstatbestände des § 6 Abs. 3 AStG	835
3. Berücksichtigung auch der Wertminderung?	836
III. Der Anteilstausch	836
1. Keine Gewinnrealisierung bei Vorliegen der Voraussetzungen des Tauschgutachtens	836
2. Anteilstausch über die Grenze	837
3. Der Anteilstausch nach der Fusionsrichtlinie	839

	Seite
§ 25 Liquidation, Umwandlung, Verschmelzung, Realteilung von Kapitalgesellschaften	841
I. Die Schlußbesteuerung (§§ 11–13 KStG)	841
1. Die Auflösung und Abwicklung einer Kapitalgesellschaft	841
2. Beginn und Erlöschen einer Steuerbefreiung	842
3. Die Schlußbesteuerung nach § 12 KStG	843
a) Die Schlußbesteuerung unbeschränkt steuerpflichtiger Kapitalgesellschaften	843
b) Die Schlußbesteuerung bei inländischen Betriebstätten (§ 12 Abs. 2 KStG)	845
aa) Teleologische Reduktion des § 12 Abs. 2 KStG	845
bb) Teilregelung durch die Fusionsrichtlinie	845
cc) Nicht durch die Fusionsrichtlinie erfaßte und dem Wortlaut des § 12 Abs. 2 KStG unterfallende Vorgänge	846
dd) Der Wechsel des Betriebstättenträgers von der beschränkten zur unbeschränkten Steuerpflicht, insbesondere Verlegung der Geschäftsleitung	847
II. Der Vermögensübergang einer Kapitalgesellschaft im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf einen anderen Rechtsträger	848
1. Der Vermögensübergang auf eine Personengesellschaft oder natürliche Person	848
a) Der Gewinn der untergehenden Kapitalgesellschaft (Übertragungsgewinn)	849
b) Der Übernahmegewinn der Personengesellschaft	850
2. Der Vermögensübergang auf eine andere Kapitalgesellschaft	852
a) Der Übertragungsgewinn	853
b) Der Übernahmegewinn	854
3. Besteuerung der Gesellschafter der übertragenden Gesellschaft	854
4. Gewerbesteuerliche Auswirkungen (§§ 18, 19 UmwStG)	855
a) Vermögensübergang auf eine Personengesellschaft	855
b) Vermögensübergang auf eine Kapitalgesellschaft	855
c) Keine Anwendung der §§ 8.Nr. 2 und 12 Abs. 2 Nr. 1 GewStG	856

III. Spaltung von Kapitalgesellschaften	Seite 856
1. Die handelsrechtliche Ausgangslage	856
2. Die Problematik der steuerlichen Gewinnrealisierung	857
3. Die Aufspaltung einer Kapitalgesellschaft in Besitz- und Betriebskapitalgesellschaft	859

6. Kapitel:

Die Belastung des Betriebsvermögens mit den ertragsunabhängigen Steuern

§ 26 Vermögensteuer und Steuer nach dem Gewerbekapital . . .	861
I. Die Problematik der ertragsunabhängigen Steuern	861
II. Vermögensteuer und Betriebsvermögen	862
III. Der Einheitswert des Betriebsvermögens	865
1. Die Bedeutung des Einheitswerts	865
2. Die Vermögensaufstellung	866
3. Die Positionen der Vermögensaufstellung	867
a) Die persönliche Zurechnung des Betriebsvermögens	867
b) Der sachliche Umfang des Betriebsvermögens	868
c) Immaterielle Wirtschaftsgüter	869
d) Der Geschäftswert	870
e) Rechnungsabgrenzungsposten	870
f) Schulden, Rückstellungen, Rücklagen	871
4. Die Bewertung der einzelnen Positionen	873
a) Der Grundsatz	873
b) Sonderregelungen	874
c) Die Ermittlung des gemeinen Wertes von nichtnotierten Anteilen an Kapitalgesellschaften	875
5. Das bewertungsrechtliche Schachtelprivileg	877
a) Das Schachtelprivileg für inländische Beteiligungen	877
b) Das Schachtelprivileg für Auslandsbeteiligungen	879
c) Der Ausschluß ausländischer Kapitalgesellschaften vom Schachtelprivileg und Art. 52 EWG-Vertrag	879
d) Der Schuldenabzug bei Schachtelbeteiligungen	880
6. Besonderheiten bei der Ermittlung und Zurechnung des Einheitswertes für Betriebe von Personengesellschaften	882

	Seite
a) Der Umfang des Betriebsvermögens von Personengesellschaften	883
b) Die Aufteilung des Einheitswerts auf die Gesellschafter	885
IV. Die Steuer nach dem Gewerbekapital	886
1. Einleitung	886
2. Zum Begriff des Gewerbekapitals	886
3. Die Hinzurechnungen zum Einheitswert	887
a) Dauerschulden	887
b) Renten, dauernde Lasten und Einlagen des stillen Gesellschafters	888
c) Fremde Wirtschaftsgüter	889
4. Kürzungen	890
a) Betriebsgrundstücke	890
b) Beteiligungen	890
c) Kürzungen nach § 12 Abs. 3 Nr. 3 GewStG	891
5. Der Gewerbekapitalsteuertarif	891
§ 27 Die Erbschaft- und Schenkungsteuer bei Erwerb eines Betriebs oder Gesellschaftsanteils	892
I. Allgemeine Grundfragen	892
1. Erbschaftsteuer und Betriebsvermögen	892
2. Schenkungen mit Widerrufsvorbehalt	893
3. Die gemischte Schenkung und die Schenkung unter einer Auflage	895
4. Zusammentreffen von Erbschaftsteuer und Einkommensteuer	897
a) Die grundsätzliche Problematik	897
b) Die Regelung des § 35 EStG	899
II. Die erbschaftsteuerliche Bewertung des Betriebsvermögens	901
1. Der für die Bewertung maßgebliche Zeitpunkt	901
2. Die Wertermittlung	901
3. Die Aufteilung der erbschaftsteuerlichen Werte auf mehrere Berechtigte	903
III. Der Erwerb eines Gesellschaftsanteils	905
1. Erbschaftsteuer und Tod des Gesellschafters einer Personengesellschaft	905

Inhaltsverzeichnis

	Seite
a) Die Auflösung der Gesellschaft	906
b) Die Fortsetzungsklausel	906
c) Die Nachfolgeklausel	907
aa) Zivilrechtlich	907
bb) Steuerrechtlich	908
d) Die Eintrittsklausel	909
aa) Zivilrechtlich	909
bb) Steuerrechtlich	910
2. Schenkung des Anteils an einer Personengesellschaft	911
a) Die Bewertung der Schenkung im Normalfall	911
b) Die Schenkung einer Beteiligung mit Buchwertklausel (§ 7 Abs. 5 ErbStG)	912
c) Die Ausstattung des Anteils mit einer überhöhten Ge- winnbeteiligung (§ 7 Abs. 6 ErbStG)	914
3. Erwerb des Anteils an einer Kapitalgesellschaft	916
4. Das Ausscheiden eines Gesellschafters mit einer unter dem Steuerwert des Anteils liegenden Abfindung (§§ 3 Abs. 1 Nr. 2 S. 2, 7 Abs. 7 ErbStG)	917
5. Die unterschiedliche Belastung des Erwerbs der Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft und an einer Personengesell- schaft	921
IV. Zuwendungen der Gesellschaft an Gesellschafter und vice versa	921
V. Die Belastung des übergegangenen Vermögens mit einem Nut- zungs- oder Rentenrecht	923
1. Die Besteuerung bei dem Erwerber des belasteten Vermö- gens	923
2. Die Besteuerung beim Nutzungs- bzw. Rentenberechtigten .	925
VI. Die güterrechtlichen Bestimmungen des Erbschaftsteuerge- setzes	926
1. Vorbemerkung	926
2. Die erbschaftsteuerliche Behandlung des Zugewinnaus- gleichs	927
a) Der güterrechtliche Zugewinnausgleich	927
b) Der erbrechtliche Zugewinnausgleich	927
aa) Einleitung	927
bb) Die Beschränkung des § 5 Abs. 1 S. 2 ErbStG	928
cc) Mangelnde Praktikabilität des § 5 Abs. 1 ErbStG	929

Inhaltsverzeichnis

	Seite
dd) Ehevertragliche Fixierung des Zugewinnausgleichs . .	930
3. Die Vereinbarung der Gütergemeinschaft	932
4. Übergang von der Zugewinnngemeinschaft zur Gütertrennung	935
 Schluß – Zur Wahl der Unternehmensform	 936
 Entscheidungsregister	 941
Stichwortverzeichnis	975